

Klosterwirt: Gemeinderat soll si

Zu „Zweites Bürgerbegehren wegen Klosterwirt?“ vom 21. April:

Architekt Kehrbaum wäre über die Reaktionen der Bürger nicht so erstaunt gewesen, hätte er gewusst, dass seinerzeit CSU und FWE mit falschen Aussagen und Angstmacherei das Projekt Forum-Klosterhof kaputt gemacht haben. Gleichzeitig versprochen sie für den Fall, dass die Bürger beim Bürgerentscheid Nein ankreuzen, ebenso den Erhalt des Klosterwirts und des Stadls, aber mit einer ‚deutlich reduzierten Bebauung sowie Einrichtungen für alle Bürger‘. Und jetzt wird dieses Mammutprojekt vorgestellt! Wo sind die Einrichtungen für alle Bürger? Soll das vielleicht die Spielstraße sein? Ich bin fassungslos!

Karin Haubold
Grafrath

Ich bin ein parteipolitisch unabhängiger, jedoch politisch interessierter Bürger, dem Grafrath zur Heimat geworden ist und der deshalb ein großes Interesse an einer homogenen dörflichen Gemeinschaft und Entwicklung hat. Im Verlauf der Bürgerversammlung hatte ich mich deshalb zu Wort gemeldet und das derzeitige Entscheidungsverfahren im Gemeinderat kritisiert. In diesem Zusammenhang habe ich auch mein Gefühl des Misstrauens in die demokratische Entscheidungsfindung gegenüber dem Gemeinderat zum Ausdruck gebracht. Damit habe ich nach meiner Beobachtung den Eindruck vieler Grafrather Bürger wiedergegeben.

Bewusst bin ich in meiner Wortmeldung nicht inhaltlich auf den derzeit diskutierten Bebauungsplan eingegangen.

Für eine inhaltliche Auseinandersetzung wäre auch zu diesem Zeitpunkt der Architekt der falsche Adressat gewesen. Vielmehr hätte zuerst eine Auseinandersetzung mit dem Investor und dessen Rahmenvorgaben an den Planer stattfinden müssen.

Was allerdings die Entscheidungsabläufe im Gemeinderat betrifft, bin ich fest davon überzeugt, dass sie auf dem falschen Weg sind. Durch die direkten demokratischen Bürgerbeteiligungsformen aus der Vergangenheit ist es angezeigt, dass die Gemeinderatsmitglieder in der weiteren Entscheidungsfindung den Bürgerwillen vertretende und keine freien Mandate wahrnehmen. Den deutlichen Bürgerwillen haben die beiden direkten Bürgerbeteiligungen – Forum Klosterwirt und Bürgerentscheid – angezeigt.

Obwohl der Gemeinderat formal lediglich ein Jahr an die Ergebnisse des Bürgerentscheides gebunden ist, ist er trotzdem aufgefordert, sich daran zu orientieren. Alternativ wäre ein neues Votum einzuholen, falls dieses für erneuerungswürdig erachtet wird. Andernfalls würde man dem demokratischen Anspruch, den wir Bürger an das Gremium haben, nicht gerecht.

Derzeit scheinen die Gemeinderäte jedoch die gegenteilige Richtung eingeschlagen zu haben. Teile des Gemeinderates – eventuell auch die Mehrheit der Mitglieder – scheinen eine Meinungsführerschaft gegenüber möglicherweise der Mehrheit der Gemeindebürger für sich zu deklarieren. Sicher sind sie persönlich durch Stimmungen vor allem aus den jeweiligen politischen Lagern in der

Bevölkerung geprägt.

Ich möchte in Bezug auf das Verfahren zum Klosterwirtareal zu folgendem weiteren Vorgehen anregen: Der Gemeinderat soll sich auf seinen demokratischen Auftrag zum Wohl der Bürger besinnen und die persönliche Meinung überwinden. Er soll weiter die Umsetzung eines konkreten Verfahrens beschließen, welches den mehrheitlichen Willen der Bürger widerspiegelt. Dabei sollten folgende Fragen beantwortet werden: Was soll zum Wohle Grafraths verbindlich erreicht werden (obere Grenze)? Wo ist die Schmerzgrenze der im Raum stehenden Belastungen aus der Baulandausweisung als Preis für die Erhaltung des Klosterwirts mit Nebengebäude (untere Grenze)? Der Gemeinderat soll die Verpflichtung beschließen, unabhängig vom Ergebnis dieses Verfahrens diesem Bürgerwillen bis zur Umsetzung – ungeachtet formaler Fristen – vorbehaltlos zu entsprechen.

Das Gremium soll sich vor Augen führen, dass im politischen Prozess die Beweislastumkehr gilt. Nicht wir übrigen Bürger müssen dem Rat beweisen, dass unser Misstrauen gerechtfertigt ist. Sondern die Mandatsträger müssen beweisen, dass wir ihnen vertrauen können.

Ein Gemeinderat hat im Verlauf der Bürgerversammlung die Meinung kund getan, für die Teilnahme an der Veranstaltung müsse er ‚eigentlich Schmerzensgeld erhalten‘. Diese Aussage lässt im Hinblick auf die Akzeptanz anderer Meinungen tief blicken und trägt auf alle Fälle nicht zu meiner persönlichen Vertrauensbildung bei.“

Stefan Kastner
Grafrath